



Bereich Hochschule und Forschung

Dresden, 3.11.2014

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen, Abschnitt Hochschule und Wissenschaft

Die GEW Sachsen begrüßt, daß zu den zehn im Entwurf des Koalitionsvertrags benannten vorrangigen Zielen eine langfristige Zuschußvereinbarung für die Hochschulentwicklung und erhöhte Zuschüsse für die Studentenwerke zählen. Auch weitere Punkte entsprechen Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW. Zugleich bleiben eine Reihe von Aussagen sehr unkonkret, zu anderen Punkten gibt es gar keine oder aus GEW-Sicht problematische Aussagen.

Nachfolgend einige Anmerkungen zu konkreten Punkten.

- Eine Realisierung der als Zielgröße für 2025 benannten Zahl von 95.000 Studienplätzen würde eine deutliche Reduzierung gegenüber dem Ist-Stand bedeuten. Da bisher alle Prognosen von vermeintlich sinkenden Zahlen von Studienbewerber/innen von der Realität widerlegt worden sind, läßt dies deutlich verschärfte Zulassungsregelungen befürchten; da dies auch noch in den Kontext von „Schwerpunktbildung“ gesetzt wird gleichzeitig den Druck auf die Hochschulen zur Streichung von Studiengängen. Daß der Verzicht auf den Stellenabbau ab 2017 nur für den Fall der Zustimmung der Hochschulen zu Zielvereinbarungen in Aussicht gestellt wird birgt in Verbindung mit der entsprechenden Passage im Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz ein aus Sicht der GEW nicht akzeptables Erpressungspotential. Offen bleibt in diesem Zusammenhang, was mit der Formulierung „den Zielvereinbarungsprozess im Hochschulgesetz optimieren“ gemeint ist.
- Die GEW Sachsen fordert, im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/16 auch auf den für diese Jahre vorgesehenen Stellenabbau zu verzichten – leider findet sich hierzu im Koalitionsvertrag keine Aussage.
- Die Absicht, „Hochschulbauten und Investitionen in Großgeräte... eine verlässliche Perspektive“ zu sichern, wird begrüßt. Wie bei anderen Aussagen wird erst der nächste Landeshaushalt zeigen, wie belastbar dies ist. Die Forderung nach Erhalt der Programmkostenpauschale für DFG-Programme geht in die richtige Richtung, jedoch sieht die GEW wie andere hier eigentlich die Notwendigkeit einer Erhöhung.

- Ob eine „ausgewogene Kompetenz zwischen den Organen“ der Hochschulen in die von der GEW in ihren Stellungnahmen zur letzten Novellierung des Landeshochschulgesetzes erhobenen Forderungen gehen soll, bleibt offen. Die GEW Sachsen wird die konkrete Ausgestaltung kritisch begleiten. Gleiches gilt für die Aussage, daß „die Interessenvertretung der Studierenden... den Koalitionspartnern ein wichtiges Anliegen“ ist. Die Abschaffung der Möglichkeit zum Austritt aus der verfaßten Studierendenschaft wäre hier ein nicht nur aus GEW-Sicht unverzichtbarer erster Schritt.
- Eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten und transparente Berufungsverfahren werden von der GEW unterstützt.
- Die GEW Sachsen begrüßt die Bekräftigung der Gebührenfreiheit des Studiums. Konsequenterweise müssen die Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende und die Möglichkeit von Gebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern umgehend wieder abgeschafft werden.
- Bezüglich der Änderung des Grundgesetzes bekräftigt die GEW ihre Bewertung, daß eine Aufhebung des Kooperationsverbotes für die Wissenschaft zu begrüßen, aber nicht ausreichend ist. Vielmehr sollte der Freistaat Sachsen hier die Bundesratsinitiative anderer Bundesländer zu einer weitergehenden Änderung für den gesamten Bildungsbereich unterstützen.
- Bezüglich des BAföG verweist die GEW Sachsen auf die Stellungnahme des stellvertretenden Vorsitzenden der GEW, Dr. Andreas Keller, bei der Anhörung zur 25. BAföG-Novelle im Wissenschaftsausschuß des Deutschen Bundestags.
- Bei einer Novellierung des Berufsakademiegesetzes „auf Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates“ wird die GEW Sachsen darauf achten, ob auch die Vorschläge dieses Gremiums zu einer Erhöhung der Anzahl der Stellen für hauptberufliche Dozentinnen und Dozenten und zu einer Anhebung der Vergütung für hauptberufliche professorale Lehrkräfte sowie einer verbindlichen Mindestvergütung für die dual Studierenden aufgegriffen werden.
- Eine Verbesserung der Studienorientierung wird ebenso begrüßt wie eine Unterstützung guter Lehre, wenn diese nicht auf befristete Projekte begrenzt bleibt. Gleiches gilt für die Stärkung der Arbeit des Hochschuldidaktischen Zentrums. Hier fordert die GEW Sachsen eine Verstetigung u.a. durch Entfristung von Arbeitsverträgen.
- Eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse für die Studentenwerke ist nach den Kürzungen der letzten Jahre überfällig. Der konkrete Haushaltsansatz wird zeigen, ob tatsächlich die „notwendigen Investitionen in die Infrastruktur“ ermöglicht werden.
- Bei der Lehrerbildung wird lediglich eine Stärkung angekündigt, ohne dies konkret zu untersetzen. Angesichts der Tatsache, daß einige der neu geschaffenen Stellen im Rahmen des Bildungspaketes der letzten Landesregierung eingerichtet worden und damit befristet sind, müssen hier rasch konkrete Maßnahmen beschlossen werden, ohne die ebenfalls angekündigte Evaluierung abzuwarten. Die GEW Sachsen erinnert zugleich an ihre Forderungen etwa zu einer gleich langen Ausbildungsdauer für alle Lehrämter.

- Die Aussagen zu Qualitätssicherungssystemen und zur Akkreditierung treffen auf Unterstützung der GEW.
- Mit der Ankündigung, „verbindliche Mindeststandards für befristete Arbeitsverhältnisse“ festzulegen, wird eine langjährige Forderung der GEW aufgegriffen. Wir würden es begrüßen, wenn dies im Dialog nicht nur mit den Hochschulen, sondern auch mit den Gewerkschaften geschieht. Vorschläge der GEW liegen hierzu z.B. mit dem „Herrschinger Kodex“ vor. Auch in die anstehende Debatte zur Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wird die GEW auf Bundesebene ihre Vorstellungen einbringen. Die GEW Sachsen begrüßt, daß sich die künftige Landesregierung im Bundesrat für Standards für Mindestbefristungen einsetzen möchte.
- Auch bei der Erarbeitung eines Konzepts zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bietet die GEW Sachsen ihre Mitarbeit an. Die Einführung von Tenure-Track-Systemen wird unterstützt, sollte jedoch nicht auf die Juniorprofessur beschränkt bleiben.
- In der Aussage, „jenseits der Professur die Voraussetzung für die Arbeit von Wissenschaftsmanagern“ zu schaffen, sieht die GEW Sachsen die Chance zum Einstieg in die Umsetzung einer anderen langjährigen Forderung der GEW, nämlich Daueraufgaben durch dauerhaft beschäftigtes Personal erfüllen zu lassen.
- Ausdrücklich begrüßt werden ebenso die Aussagen zur Gleichstellung von Frauen und zur Stärkung der Koordinierungsstelle. Auch hier bietet die Bildungsgewerkschaft im DGB Sachsen ihre Unterstützung an.
- Gleiches gilt für die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Die GEW Sachsen wird im nächsten Jahr konkrete Vorschläge hierzu unterbreiten.
- Auch „familienfreundliche Strukturen an... Hochschulen und Studentenwerken“ sind ein langjähriges Anliegen der GEW.
- Was „eine stärkere Rolle“ der Landesgraduiertenförderung bedeutet, bleibt offen. Eine Verbesserung der „Nachwuchsgewinnung an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften“ wird unterstützt, wobei die GEW Sachsen hier bereits weitergehende Vorschläge hinsichtlich eines Promotionsrechts unterbreitet hat. Auch zum Status der Promovierenden liegen konkrete Vorschläge der GEW vor. Die Einführung von verbindlichen Doktorandenlisten setzt einen hiervon um. Die GEW Sachsen schlägt vor, Promovierendenräte im Landeshochschulgesetz zu verankern.